

Am 20.09.  
zur Wahl des Berliner  
Abgeordnetenhauses:



**BSW**



Hier scannen und das vollständige  
BSW-Wahlprogramm für Lichtenberg  
und Hohenschönhausen online lesen.

### BSW Bezirksverband Lichtenberg

- [bsw-lichtenberg.de](https://bsw-lichtenberg.de)
- [kontakt@bsw-lichtenberg.de](mailto:kontakt@bsw-lichtenberg.de)
- @BSWLichtenberg
- @bswlichtenberg

### BSW im Rathaus Lichtenberg

- [bsw-fraktion-lichtenberg.de](https://bsw-fraktion-lichtenberg.de)
- [kontakt@bsw-fraktion-lichtenberg.de](mailto:kontakt@bsw-fraktion-lichtenberg.de)
- @BSWFraktionLichtenbergLichtenberg
- @bsw\_fraktion\_lichtenberg
- @BswFraktionBLi

Bündnis  
**Sahra Wagenknecht**

07

## Migration fair verteilen – Überlastung der Kieze stoppen

Wer verfolgt wird, braucht Schutz. Gleichzeitig darf das Asylrecht nicht zum Ersatz für eine gesteuerte Einwanderungspolitik missbraucht werden. Wir Lichtenberger erleben seit Jahren, dass Flüchtlingsunterkünfte in der Nachbarschaft über unsere Köpfe hinweg beschlossen werden, ohne die Folgen für Kitas, Schulen, Arztpraxen, Krankenhäuser und bezahlbaren Wohnraum mitzudenken. Integration kann jedoch nur gelingen, wenn die vorhandene Infrastruktur Schritt halten kann.

Das ehemalige City Hotel East an der Landsberger Allee steht beispielhaft dafür. Durch den Umbau zur Flüchtlingsunterkunft hat Lichtenberg zusätzlich rund 1.200 Menschen aufgenommen – in einem Umfeld, in dem Kita- und Schulplätze fehlen, Arzt- und Kinderarztpraxen überlastet sind und Rettungsstellen stärker beansprucht werden. Auch auf dem Wohnungsmarkt entsteht zusätzliche Konkurrenz um knappe bezahlbare Wohnungen.

Wir fordern eine faire Verteilung neu ankommender Flüchtlinge innerhalb Berlins. Solange sich die Infrastruktur im Bezirk nicht deutlich verbessert, lehnen wir weitere Unterkünfte in Lichtenberg ab. Der Senat darf Bezirke nicht vor vollendete Tatsachen stellen und berechtigte Hinweise von Anwohnern abtun. Vorschläge, in ehemaligen Hotels auch günstige 1-Zimmer-Wohnungen für Studenten oder Rentner vorzusehen, müssen ernsthaft geprüft werden.

Wer arbeitsfähig ist und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhält, soll gezielt in Tätigkeiten nach § 5 AsylbLG vermittelt werden. Das schafft Tagesstruktur, verbessert Sprache und Kontakte, entlastet den Alltag im Bezirk und stärkt Akzeptanz. BSW-Migrationspolitik heißt: Schutz für tatsächlich Verfolgte, klare Regeln gegen ungesteuerte Zuwanderung und Aufnahme-Stopp dort, wo Wohnraum, Schulen, Kitas und Gesundheitsversorgung bereits überlastet sind. ■

08

## Armut und Einsamkeit nicht als gegeben hinnehmen

Kinder- und Altersarmut nehmen leider auch in Lichtenberg zu. Besonders alarmierend ist die Entwicklung bei der Grundsicherung im Alter: Immer mehr Rentner kommen mit ihrem Einkommen nicht mehr über die Runden. Wer wenig Geld hat, zieht sich oft zurück. So wird Armut zur Einsamkeit.

Das BSW will, dass Teilhabe nicht am Geldbeutel scheitert. Kostenlose und günstige Freizeitangebote für Jung und Alt müssen erhalten und ausgebaut werden. In Friedrichsfelde Süd und das Zentrum Hohenschönhausen machen wir uns für neue Seniorentreffs stark. Bezirkliche Gebäude können mehrfach genutzt werden: Wenn ein Jugendtreff am Wochenende leer steht, kann er auch Raum für Senioren, Nachbarschaftstreffen oder ehrenamtliche Angebote sein.

Rentner mit Grundsicherung sollen kostenlosen Eintritt in den Tierpark Berlin erhalten. Auch ehrenamtlich organisierte Weihnachts- und Silvesterfeiern in bezirklichen Räumen will das BSW erleichtern. Solche Angebote müssen zudem besser bekannt gemacht werden – mittels zuverlässiger Online-Veröffentlichung aber auch analogen Flyern in Bürgerämtern und Nachbarschaftstreffs.

Als Anlaufstellen für Alleinerziehende und bedürftige Familien wollen wir Lichtenberger Familienzentren ausbauen. Für Kinder und Jugendliche sollen Erholungsmaßnahmen finanziert, mobile Sozialarbeit gestärkt und entsprechende Angebote im Kiez weiterentwickelt werden.

Zur sozialen Teilhabe und einem nachbarschaftlichen Miteinander gehört auch Kultur. Musikschulen in Lichtenberg sind Orte, an denen Menschen zusammenkommen. Deshalb brauchen sie verlässliches Personal. Selbstständige Musikschullehrer sollen feste Verträge bekommen können. Musikalische Früherziehung darf nicht am Personalmangel scheitern. ■

09

## Lernen ohne Chaos – öffentliche Schulen müssen funktionieren

Lichtenberg braucht Schulen, die verlässlich funktionieren, Talente fördern und Schutzräume bleiben. Deshalb lehnen wir Bundeswehrwerbung an Schulen ab und setzen uns für Friedenserziehung ein – als eigenes Fach oder im Ethikunterricht. Schule soll junge Menschen zu mündigen Bürgern machen, nicht jedoch für den Kriegsdienst begeistern.

Wir fordern ein verpflichtendes Vorschuljahr, damit Kinder mit besseren Startchancen eingeschult werden. Sprachbarrieren und Lernschwierigkeiten müssen in der Schulentwicklungsplanung ehrlich berücksichtigt werden. Dafür braucht es genügend Lehrer, Sonderpädagogen und Schulsozialarbeit an jedem Standort. Förderschulen müssen erhalten bleiben, damit jedes Kind den passenden Bildungsweg gehen kann. Auch Erste-Hilfe-Kurse gehören in den Unterricht.

Schulneubau muss nach Bedarf geplant werden. Mögliche Gebäude im bezirklichen oder landeseigenen Bestand müssen transparent geprüft werden. Moderne Schulen brauchen Fach- und Technikräume, Bibliotheken, Schulgärten, Räume für Ganzttag und Erholung sowie genug Platz für Sport und Bewegung.

Digitale Ausstattung soll sinnvoll eingesetzt werden. Grundschulkinder müssen zuerst sicher Lesen, Schreiben und Rechnen lernen. Handys und Tablets gehören nicht in die Grundschule!

Saubere Räume und sichere Schulgrundstücke sind Grundvoraussetzungen. Wir setzen uns für die Rekommunalisierung der Schulreinigung, Schutzkonzepte und Wachschatz dort ein, wo es bereits Gewaltvorfälle gab. Schulen sollen außerdem stärker mit Vereinen, Betrieben und Einrichtungen im Kiez kooperieren. So entstehen praxisnahe Verankerungen und echte Perspektiven. ■

10

## Digitale Verwaltung, aber ohne Abhängigkeit von Microsoft & Co.

In Schulen und Verwaltung wollen wir stärker auf Freie und Open-Source-Software setzen, etwa bei Lernplattformen, Videokonferenzen oder Cloud-Lösungen. Kinder und Jugendliche sollen nicht unnötig an Produkte großer Konzerne gewöhnt werden. Denn digitale Bildung darf kein bloßes Produkttraining für Microsoft, Google und Co. sein. Vorbilder in dieser Hinsicht gibt es zum Glück bereits: Etwa frühere kommunale Open-Source-Projekte und aktuelle Ansätze in anderen Bundesländern.

Digitalisierung soll den persönlichen Alltag und natürlich auch den Kontakt mit der Verwaltung leichter machen. Sie darf nicht so angelegt sein, dass Bürger abhängig gemacht oder gar ausgeschlossen werden. Wer mit dem Bezirksamt kommuniziert, darf nicht an bestimmte Programme, Geräte oder Konzerne gebunden werden. Deshalb setzt sich das BSW Lichtenberg dafür ein, dass das Bezirksamt offene Dokumentformate annehmen und verarbeiten kann. Bürger sollen Unterlagen „typenoffen“ einreichen können, ohne zur Nutzung teurer und unfreier MS-Programme gedrängt zu werden.

Besonders wichtig ist uns der Schutz persönlicher Daten. Große US-Konzerne haben Datenhandel zum Kern ihres Geschäftsmodells gemacht. Gerade Daten von Kindern, Jugendlichen aber auch Bürgern und Lichtenberger Unternehmen gehören nicht in in Systeme, auf die ausländische Akteure Zugriff haben.

Das BSW fordert: Der Bezirk soll Software benutzen, die Abhängigkeiten verringert, Kosten senkt und Datenschutz ernst nimmt. Moderne Verwaltung und Schule darf nicht bedeuten, dass Menschen ohne App, Kreditkarte, Onlinekonto oder bestimmte Dateiformate abgehängt werden.

Selbstverständlich müssen neben all dem auch weiterhin analoge Alternativen angeboten werden. ■

Mein Kiez. Meine Heimat.

# 10 Gründe, das BSW zu wählen



Norman Wolf,  
Bezirksvorsitzender  
des BSW Lichtenberg



Am 20.09.  
zur Wahl des Berliner  
Abgeordnetenhauses:

**BSW**

# 01

## Friedenspolitik – natürlich auch auf Bezirksebene

Aufrüstung und Kriegslogik dürfen nicht in unsere Kieze und in unseren den Alltag einsickern. Werbung für Kriegsdienst in Schulen, Einrichtungen, Tram-Zügen, an BVG-Haltestellen oder im Einkaufszentrum lehnen wir ab. Wenn Jugendliche mit Wehrsold, Führerscheinzuschuss oder Bahnfahrten gelockt werden, wird soziale Unsicherheit ausgenutzt. Der Dienst an der Waffe ist kein Job wie jeder andere.

Junge Menschen müssen wissen, dass sie der Weitergabe ihrer Daten an die Bundeswehr widersprechen können. Wer den Wehrdienst verweigern will, soll dafür Unterstützung erhalten.

Unsere Lichtenberger Infrastruktur darf nicht zur Drehscheibe militärischer Interessen werden. Wir setzen uns für eine NATO-freie Zone ein und wollen, dass das Bezirksamt Lichtenberg jede Nutzung bezirklicher Infrastruktur für militärische, logistische oder nachrichtendienstliche NATO-Aktivitäten unterbindet. Bei Großmanövern wie „Steadfast Dart 26“ muss Unterstützung auf ein rechtlich zwingendes Minimum beschränkt werden. Vorrang müssen immer die zivile Sicherheit und die Nutzung der Infrastruktur durch die Bürger des Bezirks Lichtenberg haben.

Die Berlin Security Conference als Treffpunkt von NATO, Militär und Rüstungsindustrie wollen wir rechtlich zulässig erschweren – etwa bei Sondernutzungen des öffentlichen Raums sowie bau- und sicherheitsrechtlichen Auflagen.

In Lichtenberg leben Menschen russischer und ukrainischer Herkunft. Gerade deshalb brauchen wir hier Dialog und Aussöhnung. Die Partnerschaft mit Kaliningrad darf nicht ruhen. Wir setzen uns für ein jährliches Friedensfest und die Wiederbelebung der Deutsch-Russischen Festtage auf der Trabrennbahn Karlshorst ein. ■

# 02

## Mit Vernunft bauen – unterm Mietdeckel wohnen

Lichtenberg braucht mehr bezahlbare Wohnungen – aber Wohnungsbau muss sozial und vernünftig sein. Grüne Innenhöfe dürfen nicht leichtfertig bebaut werden. Sie sind Orte zum Durchatmen, Spielen und Begegnen. Bevor dort nachverdichtet wird, müssen alle Alternativen ausgeschöpft sein.

Wohnbaupotenzial sehen wir vor allem auf den Brachen der ehemaligen Arbeiterwohnheime an der Gehrenseestraße, auf der Fläche des Sporthotels am Weißenseer Weg, an der Buchberger Straße/Frankfurter Allee, in der Waldowallee/Rheinsteinstraße sowie durch eine Randbebauung an der Trabrennbahn Karlshorst. Bebauungsplanverfahren müssen dort beschleunigt werden, wo schnell sinnvoll Wohnrecht geschaffen werden kann. Neubau darf jedoch nicht ohne Infrastruktur kommen. Dazu gehören Kita- und Schulplätze, Ärzte, Einkaufsmöglichkeiten, Jugendtreffs, Gemeinschaftsräume für Senioren, öffentlicher Nahverkehr und ausreichend Parkraum. Auch barrierefreie Zugänge müssen von Anfang an mitgedacht werden. Wer Wohnungen plant, muss den Alltag im Kiez schon mitplanen.

Das BSW steht für bezahlbare Mieten, einen bundesweiten Mietendeckel und sozialen Wohnungsbau als Staatsziel in der Berliner Landesverfassung. Die Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ unterstützen wir ausdrücklich. **Der Vergesellschaftungsgesetzentwurf des erfolgreichen Berliner Volksentscheids muss nun ernsthaft verfolgt und umgesetzt werden.**

Mieter brauchen konkrete Hilfe: Kostenlose Beratung zu Betriebskosten und Mietrecht, Barrierefreiheit in Häusern landeseigener Wohnungsbaugesellschaften und besseren Wohnungstausch – besonders bei der HOWOGE. Wer in eine kleinere Wohnung zieht, soll seine bisherige Nettokaltmiete gemäß altem Mietvertrag mitnehmen dürfen. ■

# 03

## Sicher leben in Lichtenberg und Hohenschönhausen

Viele Menschen fühlen sich im ÖPNV, auf Straßen und Plätzen in Lichtenberg und Hohenschönhausen nicht mehr sicher. Jugendgruppengewalt, Messerangriffe, fehlende Ordnung und Vermüllung verstärken den Eindruck, dass der öffentliche Raum zunehmend vernachlässigt wird. Das müssen wir ändern – u. a. auch durch den vollwertigen Erhalt des Polizeiabschnitts 31.

Polizei, Rettungskräfte und Ordnungsamt müssen technisch und strukturell so aufgestellt werden, dass sie Gefahrenabwehr, Kriminalitätsbekämpfung, Prävention und Verkehrssicherheit zuverlässig leisten können.

Wir fordern mehr Verbundeinsätze von Polizei, Zoll und Ordnungsamt, etwa in Schankwirtschaften, um illegales Glücksspiel, Schwarzarbeit, Ordnungswidrigkeiten und Straftaten schneller aufzudecken. Dafür braucht auch das Ordnungsamt mehr Personal.

An kriminalitätsbelasteten Orten und rund um Bahnhöfe unterstützen wir Videoüberwachung sowie mehr Kontaktbereichsbeamte als direkte Ansprechpartner im Kiez. Mädchen und Frauen, die von Gewalt bedroht oder betroffen sind, brauchen mehrsprachige Hinweise auf Beratungsangebote und den Ausbau von Frauenhäusern.

Dunkle Wege, Grünanlagen, Plätze und Bahnhofsvorplätze müssen besser beleuchtet und Angsträume bei Neubau oder Umgestaltung vermieden werden. Notrufsäulen, etwa am Vorplatz des S-Bahnhofs Friedrichsfelde Ost, können zusätzlich Sicherheit schaffen.

Auch Sauberkeit gehört zur Ordnung im Alltag: Sperrmüllaktionstage der BSR dürfen nicht gestrichen, sondern müssen ausgebaut werden. Illegale Müllentsorgung muss stärker geahndet werden. Und öffentliche WCs müssen sauber sein und auch mit Bargeld nutzbar bleiben. ■

# 04

## Verkehrspolitik ist Sozialpolitik – Schluss mit der Polleritis!

Verkehr muss für alle funktionieren – für Pendler, Familien, Senioren, Behinderte, Radfahrer, Fußgänger und jene, die einfach zuverlässig durch ihren Kiez kommen wollen. Viele Lichtenberger (und erst recht die Hohenschönhausener) sind auf ihr Auto angewiesen. Daher lehnen wir es ab, Parkplätze zu streichen, Zufahrten zu blockieren und Kieze mit Pollern lahm zu legen.

Sicherheit im Verkehr erreichen wir mit vernünftigen und bewährten Lösungen: Spielstraßen, Bodenschwellen, Querungshilfen, Fußgängerampeln und sicheren Schul- und Kitawegen. Radwege sollen gut geplant und dort, wo nötig, baulich geschützt werden. Pop-up-Radwege und Kiezblocks helfen jedoch wenig.

Der öffentliche Nahverkehr in Lichtenberg muss praktischer werden: Die S75 soll bis Westkreuz verlängert, das Rufbus-Angebot MUVA wieder eingeführt und Kiezbusse gestärkt werden, etwa für Wohngebiete wie die Schulze-Boysen-Straße. Am U-Bahnhof Lichtenberg setzen wir uns für eine sinnvolle Kombihaltestelle von Tram und Bus sowie einen barrierefreien Übergang ein.

Besonders wichtig ist eine bessere Busanbindung zum Krankenhaus Herzberge – aus großen Wohngebieten wie Fennpfuhl oder Rosenfelder Ring – mit kürzeren Takten, Sitzbänken, guter Beleuchtung und sicheren Wegen zwischen Haltestelle und Klinik.

Wir setzen uns für Quartiersgaragen, Park&Ride und den Erhalt von Parkraum ein. Handwerker und Lieferdienste brauchen Anlieferzonen und erreichbare Straßen.

Auch Baustellen müssen besser koordiniert werden, damit Straßen nicht mehrfach hintereinander aufgerissen werden. Schlaglöcher sollen nach Bauarbeiten nicht nur notdürftig geflickt, sondern wirklich beseitigt werden. ■

# 05

## Unser Grün bleibt hier: Innenhöfe, Parks und Schutzgebiete bewahren

Innenhöfe, Kleingärten, Parks und Schutzgebiete sind wichtig zum Spielen, Erholen, Abkühlen sowie für das entspannte Miteinander der Lichtenberger. Die zweifellos nötige Nachverdichtung muss daher mit Augenmaß geschehen. Grüne Innenhöfe und Kleingärten wollen wir dauerhaft schützen. In Zeiten knappen Wohnraums soll dauerhaftes Wohnen in Kleingärten zeitweise geduldet werden, wenn die baulichen Voraussetzungen stimmen.

Windräder gehören weder ins Landschaftsschutz- und Naherholungsgebiet Wartenberger noch in die Falkenberger Feldflur. Dort würden Schutzräume beeinträchtigt und der Abstand zur Wohnbebauung unterschritten. Solarenergie wollen wir zuerst auf bereits versiegelten Flächen, öffentlichen Dächern und Neubauten voranbringen.

Parks sollen familien- und seniorenfreundlicher werden: mit sicheren Wegen, Licht, Sitzgelegenheiten, Mülleimern, Schatten, Trinkbrunnen und mehr Bewegungsangeboten – etwa Outdoor-Fitness im Landschaftspark Herzberge und Freizeitmöglichkeiten am Fennpfuhl. Der Anton-Saefkow-Platz muss einer Grünflächenkur unterzogen werden.

Auch Umweltbildung gehört zu diesem Thema: Fort Robinson, Umweltbüro, Naturschutzstation Malchow und Landschaftspark Herzberge brauchen verlässliche Unterstützung. Streuobst soll gemeinsam mit Schulen und Mostereien genutzt werden. Schutzgebiete wie Herzberge, Falkenberger Rieselfelder, Wartenberger Feldflur und Malchow wollen wir durch Mahd, Beweidung und angepasste Bewirtschaftung erhalten.

Bei Neupflanzungen setzen wir auf stabile, klimaresistente sowie allergenarme Baumarten. Das BSW unterstützt Tiertafel, Hundenausläufflächen, Tierheim und Tierpark ebenso wie Reparatur-Cafés und Tauschbörsen, die dabei helfen, die Umwelt in unseren Kiezen zu schonen. ■

# 06

## Auch Lichtenberg braucht eine Corona-Aufarbeitung!

Auch in Lichtenberg wurde die Verabreichung eines kaum getesteten Impfstoffes von den öffentlichen Stellen forciert, Maßnahmen wie Isolation, Maskenpflicht, 2G und 3G durchgesetzt, obwohl deren Grundlage nicht wissenschaftlich belegt, sondern rein politisch motiviert war. Viele Kinder und Jugendliche leiden bis heute unter den Folgen der Schulschließungen, Kontaktverbote und erzwungenem Hausarrest. Besonders bitter bleibt, dass Senioren in Pflegeeinrichtungen einsam starben, weil Besuche von Angehörigen verboten wurden.

Auch Gewerbetreibende, Gastwirte und Kulturschaffende haben Existenzen verloren oder schwere Einbußen erlitten. Gleichzeitig wurden Menschen, die Maßnahmen kritisch hinterfragten, ausgegrenzt oder pauschal abgestempelt. Das hat Vertrauen zerstört – in Politik, Verwaltung und öffentlich-rechtliche Medien.

Das Bündnis Sahra Wagenknecht fordert daher ein bezirkliches Forum zur Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen in Lichtenberg. In diesem Gremium sollen Bürger aller Altersgruppen, Vertreter von Gesundheits-, Jugend- und Ordnungsamt, Pädagogen und Politik gemeinsam auswerten, welche Maßnahmen wie umgesetzt wurden, welche Folgen sie hatten und welche Lehren daraus zu ziehen sind. Auch vorschnelle Spielplatzschließungen und die vorauseilende Umsetzung von Bundesvorgaben durch bezirkliche Verantwortliche gehören dabei auf den Tisch.

Es geht uns nicht um Schuldzuweisungen, sondern um Transparenz und Verantwortung. Entscheidungen müssen rückblickend auf Verhältnismäßigkeit geprüft, die Informationspolitik der Behörden ausgewertet und Konsequenzen für künftige Krisen gezogen werden. Auch die Frage, wann auf welcher Grundlage entschieden hat, muss nachvollziehbar werden. Lichtenberg braucht eine ehrliche Aufarbeitung, damit sich solche Fehler nicht wiederholen. ■